

## **V-14**

Antragsteller\*innen: Sven Lehmann u.a.

Gegenstand: TOP 10: Verschiedenes

---

### **GRÜN IST BUNT: AUF DIE STRAßE MIT DER REGENBOGEN-FAHNE!**

1 Mit dem Gesetz zur Öffnung der Ehe für Paare gleichen Geschlechts ist Deutschland einen  
2 wichtigen Schritt gegangen, um Diskriminierungen gegenüber homosexuellen Paaren ab-  
3 zubauen und gleiche Rechte herzustellen. Seitdem ist mancherorts zu hören, dass damit  
4 das wesentliche Ziel erreicht und eine politische, queere Bewegung nicht mehr notwendig  
5 sei. Das Gegenteil ist aber der Fall.

6 Es gibt noch immer sehr viel zu tun, damit Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuel-  
7 le, Transgender, Intersexuelle und queere Menschen (LSBTTIQ\*) in Deutschland, Europa  
8 und weltweit sicher, gleichberechtigt und frei leben können. Wir GRÜNE unterstützen den  
9 Kampf für gleiche Rechte und gleiche Würde seit jeher und werden hier auch in Zukunft  
10 auf allen Ebenen nicht locker lassen. Die queere Community kann sich auf uns verlassen!

11 Mit den emanzipatorischen Errungenschaften der letzten Jahre und Jahrzehnte ist jetzt  
12 ein neuer gesellschaftlicher Backlash in Gang gekommen. Parteien und gesellschaftliche  
13 Gruppen – in Deutschland und international – arbeiten an einer neo-konservativen Gegen-  
14 bewegung, um die erkämpften Errungenschaften wieder zurückzudrehen. Menschenfein-  
15 den wie der „Demo für alle“ geht es zum Beispiel darum, Bildungspläne zu verhindern, die  
16 auch die gesellschaftliche Vielfalt abbilden. Sie wollen Homosexualität wieder kriminali-  
17 sieren und das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper, die eigene Sexualität  
18 und die eigene Identität wieder beschneiden. Diese Kräfte rüsten europaweit auf. Sie ha-  
19 ben zum Ziel, fortschrittliche Entwicklungen zu bremsen und stattdessen autoritäre und  
20 patriarchale Wertevorstellungen wieder salonfähig zu machen.

21 Dieser Backlash bedroht zunächst vor allem die Rechte gesellschaftlicher Gruppen, die  
22 als schwächer wahrgenommen werden – wie Frauen, Migrant\*innen sowie religiöse oder  
23 sexuelle Minderheiten. Am Ende wendet er sich aber gegen alle, die in offenen und freien  
24 Gesellschaften leben wollen. Und deswegen ist der Kampf für die Rechte von LSBTTIQ\*  
25 auch der für eine offene, demokratische Gesellschaft insgesamt.

26 Wir GRÜNE lassen uns von den Bestrebungen der Rechten weder einschüchtern noch in  
27 unserer Arbeit für eine progressive Politik aufhalten. Auch Aktivist\*innen geben sich mit  
28 einem reinen Abwehrkampf zu Recht nicht zufrieden und streiten für mehr Rechte und  
29 Gleichstellung.

30 Jetzt erst recht braucht es breite Bündnisse und politischen Druck. Bündnis 90/Die Grünen  
31 werden diese Bündnisse weiter knüpfen und den politischen Druck verstärken.

32

33 • Das jetzige Transsexuellengesetz ist eine einzige Menschenrechtsverletzung. Denn  
34 es zwingt Menschen, sich als psychisch krank diagnostizieren zu lassen, um ihr Ge-  
35 schlecht ihrer Identität angleichen zu können. Wir wollen es durch ein **Gesetz zur**  
36 **Anerkennung der selbst bestimmten Geschlechtsidentität** mit einfachen adminis-  
37 trativen Verfahren zur Änderung des Vornamens und Berichtigung des Geschlecht-  
38 seintrags und ohne psychiatrische Begutachtung ersetzen. Dazu gehört auch die  
39 Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils zur „Dritten Option“. Wir brauchen einen  
40 weiteren, positiven Geschlechtseintrag jenseits von „männlich“ und „weiblich“, der  
41 nicht diskriminierend ist. Operationen zur sogenannten „Geschlechtsanpassung und  
42 -zuweisung“ an intergeschlechtlichen Säuglingen und Kindern ohne medizinische  
43 Indikation müssen grundsätzlich verboten werden.

44

45 • Wir wollen, dass **Regenbogenfamilien** gleiche Rechte und gleiche Anerkennung wie  
46 traditionelle Familienformen bekommen. Dies schließt den Zugang zu reprodukti-  
47 onsmedizinischen Maßnahmen ein. Moderne Familienpolitik heißt auch, das unwür-  
48 dige Verfahren der Stiefkindadoption für lesbische Mütter zu überwinden und ein  
49 modernes Abstammungsrecht zu schaffen, denn hier sind die Ehen zweier Frauen ge-  
50 genüber einer Frau/Mann-Ehe diskriminiert. Wir wollen Mehrelternkonstellationen  
51 rechtlich absichern und ermöglichen, dass bereits vor der Familienplanung mehr als  
52 zwei Elternteile sich gemeinsam und verbindlich zum Wohle des Kindes auf geteilte  
53 Sorge und gemeinsame Rechte und Pflichten verständigen können.

54

55

56 • Wir fordern einen **nationalen Aktionsplan für Vielfalt und gegen Homo- und Trans-**  
57 **feindlichkeit**. Homo- und Transfeindlichkeit hat keinen Platz in einer demokratischen  
58 Gesellschaft. Die Bundesregierung muss – nach dem Vorbild von Bundesländern wie  
59 NRW – einen Aktionsplan auflegen und diesen im Dialog mit den Initiativen der Com-  
60 munity sowie mit gesellschaftlichen Gruppen wie Wohlfahrtsverbänden, Gewerk-  
61 schaften, Sport- und Wirtschaftsverbänden erarbeiten. Der Aktionsplan muss Ziel-  
62 vereinbarungen und belastbare Selbstverpflichtungen der Bundesverwaltung sowie  
63 Zeit- und Arbeitspläne zur Umsetzung der Maßnahmen enthalten. Zur Umsetzung  
64 der Maßnahmen müssen angemessene Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Dies  
65 umfasst auch die für eine nachhaltige Durchführung des Aktionsplans notwendi-  
66 ge strukturelle und finanzielle Ausstattung der einbezogenen zivilgesellschaftlichen

67 Organisationen. Auf Landesebene fordern wir die konsequente Fortschreibung, Um-  
68 setzung und Weiterentwicklung des NRW-Aktionsplans.

- 69
- 70 • Der **Schutz vor Diskriminierung** muss vorangetrieben werden. Artikel 3 des Grundge-  
71 setzes muss um die Merkmale der sexuellen und geschlechtlichen Identität ergänzt  
72 werden. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) muss weiterentwickelt und  
73 insbesondere der Rechtsschutz für Betroffene gestärkt werden. Wir brauchen ein  
74 echtes Verbandsklagerecht, wonach Antidiskriminierungsverbände über die bishe-  
75 rigen gesetzlichen Möglichkeiten hinaus stellvertretend für die Betroffenen klagen  
76 können. Die Ausnahmen vom AGG für die Religions- und Weltanschauungsgemein-  
77 schaften müssen auf den Kernbereich der Glaubensverkündigung begrenzt werden.  
78 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Antidiskriminierungsstelle des Bundes fi-  
79 nanziell besser ausgestattet wird, um ihren gesetzlichen Aufgaben gerecht zu wer-  
80 den. Pseudotherapien zur ‚Heilung‘ von Jugendlichen von Homosexualität müssen  
81 verboten werden, da sie eine erhebliche Gesundheitsgefährdung darstellen. Wir set-  
82 zen uns auch auf Landesebene für ein wirksames Antidiskriminierungsgesetz und  
83 eine Landesantidiskriminierungsstelle ein.
  - 84
  - 85 • Wir fordern eine systematische Erfassung homo- und transfeindlicher Straftaten wie  
86 **Hasskriminalität** und eine entsprechende Präventionsarbeit bei Polizei, Justiz und  
87 Sozialarbeit. Opferberatungsstrukturen müssen finanziell besser ausgestattet werden.
  - 88
  - 89 • Die Entschädigungsregelungen für die **Opfer der staatlichen Homosexuellenverfol-**  
90 **gung** nach 1945 müssen ergänzt werden um einen Fonds für diejenigen, die wegen  
91 eines Ermittlungs- und Strafverfahrens Schaden an Körper, Gesundheit, Freiheit, Ei-  
92 gentum, Vermögen, in ihrem beruflichen oder wirtschaftlichen Leben erlitten haben.  
93 Die Verfolgung, Diskriminierung und gesellschaftliche Ausgrenzung von LSBTTIQ\*  
94 muss wissenschaftlich aufgearbeitet werden.
  - 95
  - 96 • Die **gesundheitliche und soziale Situation** der LSBTTIQ\* muss verbessert werden. Ei-  
97 ne erhöhte Suizidalität, gerade unter Jugendlichen, ist leider Realität – ebenso wie  
98 psychische Erkrankungen wie Depressionen oder Sucht. Es braucht eine gemein-  
99 same Kraftanstrengung zur psychischen und sexuellen Gesundheit. Dazu gehören  
100 auch flächendeckende und gut ausgestattete Beratungseinrichtungen, einschließ-  
101 lich queerer Jugendzentren, die LSBTTIQ\* in der Phase des Coming Outs und danach  
102 unterstützen. Gleichermaßen wollen wir die Arbeit von und für ältere LSBTTIQ\* stär-  
103 ken.

104

- 105 • **Menschenrechte** von LSBTTIQ\* müssen integraler Bestandteil der Außenpolitik und  
106 der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sein. Deutsche Menschenrechtspolitik muss  
107 eine klare Position beziehen gegenüber Ländern, die Menschenrechte von Lesben,  
108 Schwulen, Bisexuellen, Trans\* und Inter\* verletzen. Wir werden Menschenrechtsver-  
109 teidiger\*innen in diesen Ländern aktiv stärken. Wir fordern von der Bundesregierung,  
110 dass sie queere Asylbewegungen – wie zu Beispiel aus der Türkei – als Mahnung be-  
111 greift, anstatt sie totzuschweigen und sich weiter abzuschotten. Wir lehnen es strikt  
112 ab, Länder als sogenannte „sichere Herkunftsländer“ zu deklarieren, in denen LSBT-  
113 TIQ\* Gefahr an Leib und Leben droht, wie es derzeit für die Maghreb-Länder Algerien,  
114 Marokko und Tunesien geplant ist.

- 115  
116  
117 • Gegen den **Backlash in Europa** unterstützen wir die Zivilgesellschaft in beispiele-  
118 weise Polen oder Ungarn, wo die Regierungen NGOs, die sich für Menschenrechte  
119 und LSBTTIQ\* einsetzen, in ihrer Arbeit behindern. Wir fordern deswegen im Rah-  
120 men des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens der EU einen Grundrechte-Fonds,  
121 der gezielt diejenigen stärkt, die unsere Grundrechte verteidigen. Zu diesen Grund-  
122 rechten gehören beispielsweise die Versammlungsfreiheit in Form von Prides oder  
123 die Meinungsfreiheit, die durch Anti-Propaganda-Gesetzgebungen derzeit in mehre-  
124 ren EU-Mitgliedsstaaten eingeschränkt wird. Wir unterstützen die Forderungen des  
125 Europäischen Parlamentes, die Antidiskriminierungsrichtlinie im Rat endlich anzu-  
126 nehmen, die Bewegungsfreiheit von LSBTTIQ\* und gleichgeschlechtlichen Paaren in  
127 der EU zu garantieren, Bildungsarbeit gegen LSBTTIQ\*-Hass zu fördern und sowohl  
128 die Operationen von Intersex-Personen wie auch Konversionstherapien abzulehnen.

## Antragsteller\*innen

Sven Lehmann (KV Köln), Ulle Schauws (KV Krefeld), Terry Reintke (KV Gelsenkirchen), Jo-  
sefine Paul (KV Münster), Arndt Klocke (KV Köln), Felix Banaszak (KV Duisburg), Jule Wenzel  
(KV Duisburg), Katja Dörner (KV Bonn), Verena Verspohl (KV Hochsauerlandkreis), Nathalie  
Konias (KV Euskirchen), Svenja Rabenstein (KV Köln), Maik Babenhauserheide (KV Herford),  
Kai Gehring (KV Essen), Tim Achtermeyer (KV Bonn), Max Lucks (KV Bochum), Nyke Slawik  
(KV Düsseldorf)